

Mehr gelebte Demokratie an bayerischen Schulen Ergebnisse des „Runden Tisches Politische Bildung“ in Tutzing

Die gewaltigen Probleme und Herausforderungen der nationalen und internationalen Politik erfordern eine intensivere Beschäftigung mit den Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Stärkung der politischen Bildung an den bayerischen Schulen in allen dafür relevanten und geeigneten Fächern. Nur so werden irrationale Ängste und Verunsicherungen abgebaut, die zur Politikverdrossenheit und sogar zur Abwendung von den Grundwerten unseres Gemeinwesens führen können. Den Gefährdungen durch Extremismus und Populismus muss politische Mündigkeit entgegengesetzt werden.

Die Unterzeichner sehen deshalb die dringende Notwendigkeit, in einem deutlich höheren Maße als bisher politische Bildung als Fachunterricht und als fächerübergreifendes Prinzip an allen bayerischen Schulen und Jahrgangsstufen zu stärken und zu verankern.

Zur Erreichung dieser Ziele schlagen die Unterzeichner vor:

- mehr Inhalte der politischen Bildung in die Lehreraus- und -weiterbildung aufzunehmen,
- den Ausbau der Funktion der Seminarlehrer für Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung (GSB) mit dem Ziel fächerübergreifender Fortbildungen nicht nur für Referendare,
- die Systematisierung und Professionalisierung der Lehreraus- und -weiterbildung,
- Freistellungen für Fortbildungen in politischer Bildung auch für Nicht-Fachlehrer,
- die Einführung von verpflichtenden Projekttagen der politischen Bildung in allen Schularten und Jahrgangsstufen,
- Förderung und Unterstützung von bestehenden Angeboten wie „Jugend debattiert“ und „Juniorwahlen“,
- Freistellungen und finanzielle Unterstützung für Lehrkräfte, die solche Projekte anbieten,
- Stärkung der Medienkompetenz in allen dafür geeigneten Fächern,
- den bevorstehenden teilweisen Umbau vom acht- zum neunjährigen Gymnasium zu nutzen, um die Stärkung der politischen Bildung in dieser Schulform voranzutreiben,
- Wiedereinführung der Sozialkunde als eigenständiges Abiturprüfungsfach.

Die Unterzeichner appellieren an die politisch Verantwortlichen im Landtag und in der Staatsregierung, Kürzungen bei der politischen Bildung an allen bayerischen Schulen zu vermeiden und stattdessen den Unterricht in diesem eigenständigen Fach auszubauen und das fächerübergreifende Prinzip politische Bildung mit den oben beschriebenen Maßnahmen zu stärken.

Tutzing, den 14. November 2016